

P r o t o k o l l

über die Sitzung des Parteivorstandes am 1. Juli 1947

Anwesend:

Partei Vorstand:

Vorsitz: Gen. Schärf

* Afritsch *Proksch*
 * Böhm
 * Helmer
 * Körner
 * Krones
 * Maisel *Maisel*
 * Moik
 * Popp
 * Proksch *Proksch*
 * Scharf
 * Seitz
 * Speiser

Kontrolle:

* Flossmann
 * Honay
 * Jonas
 * Kostroun
 * Mantler
 * Mentasti
 * Pfaller *Pally*
 * Widmayer *Wid*

zugezogen:

* Frenzl
 * Cischek *Winkler*
 * Jenschik
 * Pollak *Oscar*
 * Pittermann
 * Migech
 * Deutsch

als Gast:

* Riemer

T a g e s o r d n u n g :

1. Sekretariatsberichte
2. Verlagswesen
3. Arbeiter Zeitung
4. Regierungsberichte
5. Wirtschaftsverbände

I. Sekretariatsberichte

- Antrag Gen. Scharf bringt eine Zuschrift des Direktoren-Verbandes (lt. Beilage) zur Kenntnis. Schlägt vor, sich nicht daran zu binden und in dem Sinne zu beantworten, dass die Veranstaltungen der Partei nicht auf Erwerb gerichtet sind, sondern auf die Darstellung einer politischen Idee.
- Antrag Gen. Schärf pflichtet dieser Anregung bei. Schlägt zusätzlich vor, dass die Partei sich um eine Veranstaltungskommission bemühen möge. Das Parteisekretariat (Gen. Scharf) wird hiermit beauftragt. Gen. Schärf regt an, einen Verein bestehend aus den 40 Mitgliedern der Parteivertretung, etwa mit dem Titel "Österreichische Sozialistische Partei" zu gründen und diesem Verein die Konzessionen wie Kartenbüro etc. zu übertragen.
- eschluss Der PV stimmt beiden Anträgen zu.
- Antrag Gen. Rauscher. Einsetzung eines Ehrengerichtes für den Fall Hilde Borik.
- eschluss Vorsitzender Gen. Pittermann, Beisitzer Gen. Proksch und Moik.
- Antrag Einsetzung eines Ehrengerichtes für den Fall Kofler/Salzburg.
- eschluss Vorsitzender Gen. Hackenberg, Beisitzer Gen. Forsthuber und Jonas.
- Antrag Für den Fall Ufenheimer/Innsbruck, wird ein Schiedsgericht beantragt.
- eschluss Der PV genehmigt das Schiedsgericht und bestimmt als Vorsitzenden Gen. Popp.
- Antrag Für den Fall Krassinger/Rauscher wird die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beantragt.
- eschluss Der PV genehmigt das Schiedsgericht und bestimmt als Vorsitzenden Gen. Scharf.

II. Verlagswesen.

Gen. Deutsch gibt einen Bericht über die Tätigkeit des Verlagskomitees. Es wurde aus steuertechnischen Gründen ein Komitee mit dem Titel "Konzentration" gebildet. Geschäftsordnung liegt bei.

Die Volksbuchhandlung wurde reaktiviert. Muss gleichfalls auf eine andere rechtliche Basis gestellt werden. Offene Handelsgesellschaft "Julius Deutsch und Co". Geschäftsführer die Komiteemitglieder. Umfangreiches Verlagsprogramm ausgearbeitet. Auch mit auswärtigen Genossen, Leon Blum und Harald Laski wurde Verbindung angeknüpft. Ein Volkslexikon ist in Ausarbeitung. Redakteur Gen. Zellwecker. Für Weihnachten Kinderbücher, Liederbücher, Romane etc. in Vorbereitung.

- Antrag Gen. Deutsch verliest die Geschäftsordnung des Komitees "Konzentration" und stellt den Antrag, die Geschäftsordnung zu genehmigen.
- eschluss Der PV stimmt der vorgeschlagenen Geschäftsordnung zu. ✓. 1142

Notwendig ist Abgrenzung und Verständigung mit anderen befreundeten Verlags-Gesellschaften, wie "Europa", "Schweiz" und Zentralisation aller Sozialistischen Verlagsunternehmungen in Österreich selbst. (Graz und Salzburg)

Zeitungs-Programm

Die Verhandlungen mit der SBZ sind abgeschlossen.

Antrag

Im Einvernehmen mit der Leitung der SBZ schlägt Gen. Deutsch vor, eine Zeitschrift "der Vertrauensmann" herauszubringen. Redakteur Gen. Scharf (politischer und parteioffizieller Teil) Gen. Thaller (organisatorischer Teil) Gen. Kohlich (technische Arbeiten) Redaktionsbeirat: Gen. Czernetz, Planek, Bamberger, Parlamentssekretär: Gen. Pittermann und Deutsch für die Verlags-Gesellschaft.

Auflage etwa 20.000, Umfang 32 Seiten, Preis 20 Groschen, erstmaliges Erscheinen 1. September.

Eingestellt werden mit dem Erscheinen des "Vertrauensmannes" "Unsere Arbeit" des Karl Marx Institutes und der "Informationsdienst".

Zur Intellektuellen-Werbung ist geplant die Studenten Zeitschrift "Der Strom" zu einer Parteirevue auszugestalten. Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Auf dem Zeitungsgebiet bestehen ferner folgende Pläne: Steigerung der Verbreitung der Arbeiter Zeitung in den westlichen Bundesländern, Schaffung eines Wochenendblattes, eines Abendblattes und eines Kleinen Blattes, Ausgestaltung einer literarischen Korrespondenz und eines Bilder-Dienstes.

Gen. Schärf beleuchtet die Steuerfrage. Steht in Verhandlungen mit der ÖVP um eine Form zu finden, nach welcher wenigstens Teile eines Einkommens aus solchen Unternehmungen steuerfrei gestellt werden können. Insbesondere ist daran gedacht, die Treuhänder-Einkommen steuerfrei zu stellen.

Gen. Speiser Bei Ausgestaltung einer Intellektuellen Zeitschrift soll auch die "Bastei" einbezogen werden. Regt an, in das Redaktionskomitee für den "Vertrauensmann" eine Frau aufzunehmen. Erklärt sich mit den Plänen des Verlagskomitees einverstanden. Bei Realisierung soll darauf Rücksicht genommen werden, dass auch die Wiener Organisation ein eigenes Blatt braucht. Gen. Deutsch wird gebeten, dies in seine Arbeiten einzubeziehen.

Gen. Migsch schlägt vor, den Vertrauensmann zweimal monatlich herauszubringen, da er aktuell sein muss.

Erinnert an eine frühere Anregung im PV, ein eigenes Organ für unsere Betriebs Organisation heraus zubringen.

Der Akademikerbund wird mit der Redaktion des "Strom" wegen der beabsichtigten Umgestaltung ebenfalls verhandeln.

Gen. Deutsch Die Redaktion des Vertrauensmannes wird sich mit der Frauen Organisation in Verbindung setzen, um in dem Redaktionsbeirat eventuell eine Frau aufzunehmen. Nimmt die Anregung Migsch auf, dass der Vertrauensmann 14 tällig erscheint. Begreift das Bedürfnis der Wiener Organisation nach einer Zeitung. Man könnte

Gen. Speiser anerkennt die Leistung der Arbeiter Zeitung. Sie ist jedoch ihrem Wesen nach ein Reichsorgan, in welchem die Wiener-Organisation und Wiener Bedürfnisse sehr ungenügend befriedigt werden können. Ein Wiener Organ, etwa ein Wiener Abendblatt wird von grosser Wichtigkeit sein.

Gen. Pittermann Die Klagen der Wiener und N.Ö. Landtagsfraktionen sind zum Teil berechtigt, man muss jedoch bedenken, dass in einem Zeitraum von drei Wochen die Budget Debatte und in diesen beiden Körperschaften stattgefunden hat, und dass es ermüdend gewirkt hätte diesen Verhandlungen täglich breiten Raum zu gewähren. Wir müssen der Arbeiter Zeitung auch insofern helfen, dass wir auch schon in der Fraktion das Wichtigste feststellen und die Arbeiter Zeitung darauf aufmerksam machen.

Gen. Riemer weist nochmals darauf hin, dass Verbreitungszahlen heute nichts beweisen, da der Lesehunger gross ist.

Gen. Widmayer bezeichnet die Arbeiter Zeitung als zu tolerant gegenüber der ÖVP.

Gen. Maisel bezeichnet die Kritik an der Arbeiter Zeitung als nicht unbegründet. Manchmal hat man das Gefühl, die Arbeiter Zeitung geht neben der Partei herbei, es werden oft politisch wertvolle Dinge nicht beachtet und entsprechend ausgearbeitet. (Arbeitskammertag in Klagenfurt, Grossauer)

Gen. Deutsch führt die hohen Auflageziffern unserer Partei darauf zurück, da es heute keine neutrale Presse gibt. Im Kampf gegen die Volksstimme muss die Arbeiter Zeitung und der Vertrieb der Arbeiter-Zeitung ausgebaut werden, hier dürfe man keine Kosten scheuen, die Kolportage muss ausgestaltet werden. Im Kampf gegen das Kleine Volksblatt brauchen wir jedoch ein kleines Blatt.

IV. Regierungsberichte.

Gen. Maisel berichtet über das Arbeiter Urlaubsgesetz. Sein erster Entwurf hat eine Angleichung der Arbeiterurlaube an die Angestelltenurlaube bis zur 5. Woche vorgesehen. Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund haben darüber hinaus die volle Angleichung verlangt und mit den Stimmen aller drei Parteien. Handelskammer hat den Entwurf abgelehnt, mit der Begründung unsere desolante Wirtschaft verträgt keine Ausweitung des alten Arbeiterurlaubsgesetzes, nicht einmal das alte Gesetz sei tragbar. Bei den Verhandlungen haben sich die ÖVP Gewerkschaftsvertreter ebenfalls an die Gewerkschaftsbeschlüsse gehalten, dies hat zu einer Unterbrechung der Verhandlungen durch die Unternehmer geführt. Im Zuge der Verhandlungen ist ein neuer Entwurf ausgearbeitet worden, der ein Kompromiss darstellt. Der neue Entwurf sieht wesentliche Verbesserungen des alten Arbeiterurlaubsgesetzes, jedoch keine volle Angleichung vor.

./.

eventuell daran denken, das Abendblatt zu machen.

Beschluss

Die vom Gen. Deutsch vorgelegten Anträge und Anregungen werden angenommen.

III. Arbeiter Zeitung

Gen. Riemer von der Rathaus-Korrespondenz, bezeichnet die Verbindung zw. dem Rathaus und Redaktion der Arbeiter-Zeitung als ungenügend. Gen. Philipp besucht zwar die Fraktions-Sitzungen, aber die Verhandlungen finden in der Arbeiter-Zeitung nicht den nötigen Niederschlag. Wiener Kommunalpolitik war noch immer eine tragende Säule der Partei, dies kommt in der heutigen Arbeiter-Zeitung nicht zum Ausdruck. Während das Kleine Volksblatt alle Anträge der ÖVP Mitglieder im Gemeinderat gut aufgemacht bringt, werden die Anträge der SP Fraktion in der Arbeiter Zeitung nicht gebracht. Führt noch einige weitere Fälle an, wo Aussendungen der Rathauskorrespondenz wie es scheint verständnislos gestrichen wurden. Fälle: Floridsdorfer-Brücke, Kindermilch-Verlautbarungen etc.

Gen. Scharf verliest eine Zuschrift der Sozialistischen Fraktion des Wiener Gemeinderates. (lt. Beilage).

Gen. Popp verliest eine Zuschrift der N.Ö. Landtags-Fraktion. (lt. Beilage.)

Gen. Jonas stellt fest, dass die Arbeiter Zeitung den Vorgängen in den Betrieben viel zu wenig kleinen Raum widmet.

Gen. Pollak bringt vertraulich die Auflageziffer der Wienerzeitungen aus denen hervorgeht, dass die Arbeiter Zeitung ein für die heutigen Verhältnisse und auch im Vergleich zu dem Stand vor 1934 ein ausserordentliches Vertrauen genießt, worauf auf die Zufriedenheit der Leser mit der Arbeiter Zeitung geschlossen werden kann. In der Arbeiter Zeitung ist mehr Raum auf Politik verwendet als je. Funktionäre der Partei kommen stärker zu Wort als früher. Bittet für die Ausarbeitung von Artikel die Redakteure heranzuziehen. Die Arbeiter Zeitung ist die erste und einzige Zeitung, die ein Feuilleton und eine Gerichtssaal Ruprik besitzt, möchte auch gerne eine Wirtschaftaruprik einstellen, wenn genügend Platz vorhanden wäre. Gibt zu, dass Betriebsberichte nicht in genügendem Masse gebracht werden, dies ist jedoch nicht möglich, wenn man damit beginnt, wird sich eine Flut von Betriebsberichten ergüssen, die ermüdend ist.

Legt darauf Wert festzustellen, dass man an die Herausgabe neuer Zeitungen, wie eines Abendblattes, eines Wochenendblattes und eines Kleinen Blattes erst danken könne, wenn 1.) Papier für die Arbeiter Zeitung bei grösstmöglicher Verbreitung gesichert ist und wenn 2.) die Arbeiter Zeitung an der Grenze ihrer Ausdehnungsmöglichkeit angelangt ist.

Gen. Schärf weist darauf hin, dass die Verbreitung unserer Partei-Zeitung kein Spezifikum der Arbeiter Zeitung sei. Dies trifft für alle Provinzzeitungen ebenfalls zu.

Konzentration

Verwaltung von Zeitungen, Verlags-
Anstalten, Buchhandlungen und Druckereien

Leiter: Julius Deutsch

G e s c h ä f t s o r d n u n g .

1. Die "Konzentration" ist ein vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs eingesetztes Komitee zur Verwaltung der sich im Eigentum der Partei befindlichen Zeitungen, Buchhandlungen, Druckereien und Verlagsanstalten.
2. Das Komitee "Konzentration" besteht aus drei vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei ernannten Mitgliedern. (In der Sitzung des Parteivorstandes vom 13. Mai 1946 wurden Dr. Adolf Schärf, Oskar Helmer und Julius Deutsch zu Mitgliedern der "Konzentration" gewählt. Gleichzeitig wurde vom Parteivorstand Julius Deutsch als Geschäftsführer bestellt.)
3. Das Komitee "Konzentration" bestimmt, welche Beträge von dem einzelnen Unternehmungen der Sozialistischen Partei Österreichs, an die "Konzentration" abzuführen sind. Es verfügt über die Verwendung dieser Gelder unter periodischer Verständigung der Parteikontrolle. In dringenden Fällen kann der Geschäftsführer finanzielle Verfügungen treffen, gegen nachträgliche Berichterstattung an das Komitee.
4. Das Komitee "Konzentration" wird vom Geschäftsführer nach Bedarf zu einer Sitzung zusammenberufen. Sie muss mindestens einmal in jedem Monat stattfinden. Die Beschlüsse werden in den Sitzungen mit Stimmmehrheit gefasst.
5. Wenn ein Mitglied des Komitees "Konzentration" länger als drei Monate hindurch verhindert ist an den Sitzungen teilzunehmen, hat der Geschäftsführer an den Parteivorstand mit dem Ersuchen heranzutreten, ein neues Mitglied zu bestimmen.

Konzentration

VERWALTUNG VON ZEITUNGEN, VERLAGS-
ANSTALTEN, BUCHHANDLUNGEN UND DRUCKEREIEN

LEITER: JULIUS DEUTSCH

O

Kv VI

Verlagshaus 15

Wien, 19. August 1948

V, Rechte Wienzeile 97

Telephon B 99-510

Telegrammadresse: Konzentration Wien

Herrn

Bundeskanzler Dr.h.c. Ing. Leopold Figl,

W i e n 1.,
Ballhausplatz 2

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Im Sinne unserer Unterredung am 2. Juni l. J. habe ich mich sofort mit einigen Firmen in Schweden, die ich kenne, in Verbindung gesetzt, um eine Rotationsmaschine zu erwerben. Nach längeren Verhandlungen konnte ich nun erreichen, dass mir eine bereits gebrauchte Rotationsmaschine angeboten wurde. Diese Maschine kann aber erst in einem Jahr geliefert werden, da der derzeitige Besitzer sie durch eine neue Maschine ersetzen will, die er erst im Jahre 1949 geliefert erhält. Für unsere Zwecke wäre die bereits gebrauchte Rotationsmaschine noch sehr gut verwendbar und ich glaube, dass es im Interesse des österreichischen Druckereigewerbes wäre, wenn wir sie definitiv bestellten. Diese definitive Bestellung kann aber erst vorgenommen werden, wenn wir sicher sind, dass wir die Maschine zum offiziellen Dollarkurs kaufen können. In der obenerwähnten Sitzung haben Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, erklärt, dass für den Zweck der Erwerbung von Rotationsmaschinen von der Nationalbank die Devisen zur Verfügung gestellt werden würden. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir diese mündliche Erklärung bestätigen würden, damit die Bestellung der Maschine, die für die Lösung der schwebenden Fragen von Graz und Linz so unbedingt notwendig ist, sobald als möglich erfolgen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung bleibe ich

Ihr ergebener

Julius Deutsch

1147

Landeshauptmann-Stellvertreter
Felix Kern

Verlagsgesellschaft
Linz, 28. September 1948

Herrn
Bundeskanzler Dr.h.c. Ing. Leopold Figl,
W i e n I.
Ballhausplatz 1.

Betrifft: Presse - Restitutionsansprüche Graz - Linz.

Hochverehrter Herr Bundeskanzler !
Hochgeschätzter Freund !

Unter Bezugnahme auf meine in obiger Angelegenheit mehrfach gerichteten Schreiben erlaube ich mir, Dir davon Mitteilung zu machen, daß ich gelegentlich der Eröffnung des Gewerkschaftsheimes in Weinberg bei Kefermarkt mit Herrn Vizekanzler Dr. Schärf u.a. auch über die oben bezeichnete Angelegenheit gesprochen habe. Hierbei hat sich Herr Vizekanzler mir gegenüber darüber beklagt, daß ein Ansuchen der SPÖ um Einfuhr von Druckerei-Rotationsmaschinen (vor allem aus der Bi-Zone Deutschlands) angeblich von Herrn Handelsminister Dr. Kolb bisher nicht beantwortet worden ist.

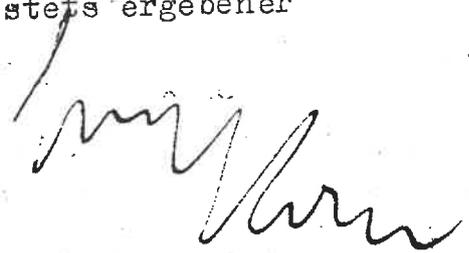
Nachdem die Bewilligung dieser Einfuhr die schwebende Rückgabesache: "Restitutionsfonds der Soz. dem. Organisation in Wien gegen o.ö. Landesverlag Linz (d.i. kath. Preßverein Linz) wegen Rückgabe einer früher der Druck- und Verlagsanstalt "Typographie" in Graz gehörigen Druckerei-Rotationsmaschine" irgendwie regeln würde, so würde dies für uns von größter Bedeutung und Erfolg sein.

./.

Da mir der Wiederaufbau des für unsere Sache so wichtigen Preßvereines sehr am Herzen liegt, möchte ich Dich, hochverehrter Herr Bundeskanzler, recht sehr bitten, mit Herrn Bundesminister Dr. Kolb diesbezüglich möglichst bald Rücksprache zu pflegen, Vielleicht wäre es doch möglich, die oben erwähnte Rückgabesache ohne Durchführung des gerichtlichen Verfahrens endlich zu einem glücklichen Abschluß zu bringen.

Mit vielem Dank für Deine Bemühungen und den besten und herzlichsten Grüßen verbleibe ich

Dein stets ergebener

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Kolb', written in a cursive style.

Wien, am 1. Oktober 1948

Sch/P

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ich würde namens meiner Parteifreunde ersuchen, die
längst in Aussicht genommene Sitzung über Druckerei- und
Verlagsfragen anzusetzen und zwar schlage ich die Zeit bis
6. Oktober 1. J. vor. Ich würde ersuchen, von unserer Seite
Dr. Deutsch, Landeshauptmannstellvertreter Machold, Landes-
hauptmannstellvertreter Peyerl (die Sache mit der Kiesel-
druckerei ist noch immer nicht erledigt), ^{Mantler} und mich einzula-
den.

Ich bleibe mit den besten Grüßen

Dein



Herrn

Bundeskanzler Dr. Ing. Leopold Figl,

Wien, I.,

Ballhausplatz 2

gen. Woldemar
zum Rundfunk
Haller

13. Oktober 1949

Herrn

Niederkanzler

Dr. Adolf S. o. h. a. r. f.

Ballhausplatz 2

Lieber Freund

In der Annahme, daß unter den Punkten, die in den

Koalitionsverhandlungen geregelt werden müssen, auch die Fragen des Rundfunks enthalten sein werden, möchte ich das festlegen, was meiner Meinung nach unbedingt von uns verlangt werden muß. Soweit wir unsere Forderungen durchsetzen, davon wird für die nächsten Jahre unsere Stellung im Rundfunkwesen abhängen. Es wären danach folgende Punkte zu verinbaren:

- 1.) Einheitliche Organisation des Rundfunks für ganz Österreich; unter Berücksichtigung der Länderinteressen, aber unter Ausschluß einer zweiten oder gar dritten Sendegesellschaft.
- 2.) In der inneren Organisation des Rundfunks, Bildung einer nach kaufmännischen Gesichtspunkten selbständigen Körperschaft; bei Vermeidung jedes privatkapitalistischen Einflusses müßte diese Gesellschaft hundertprozentig in öffentlicher Hand sein.
- 3.) ^{Zur} Festigung unserer eigenen Stellung in dieser Gesellschaft müßte innerorganisatorisch unbedingt folgendes gesichert sein:
 - a) Ein hauptamtlicher Posten für einen Angehörigen unserer Partei in der wissenschaftlichen Abteilung, der gleichzeitig

./.

Seemanns-Verlag
Hamburg
Kellert

stellvertretender Leiter dieser Abteilung sein soll und dem ein maßgeblicher Einfluß auf die gesamte Programmdirektion zustehen soll.

b) Vollständige Reorganisation des Nachrichtendienstes: absolute Entfernung des derzeitigen Chefs vom Dienst B o h a c; Ersetzung desselben durch einen älteren Redakteur aus den Reihen der ÖVP, der mit dem notwendigen Takt und der notwendigen Überlegung die jüngeren Redakteure beaufsichtigt, bei gleichzeitiger Gleichstellung eines Stellvertreters aus unseren Reihen mit denselben Vollmachten; Entpolitisierung der übrigen Redakteure des Nachrichtendienstes.

c) Endliche Bestellung des längst zugesagten zweiten öffentlichen Verwalters, der aus unseren Reihen zu nehmen ist.

d) Neubestellung eines Generalsekretärs in der Ravag und in der neuen Sendegesellschaft, der ebenfalls aus den Reihen unserer Partei sein muß.

Das sind meiner Ansicht nach die wichtigsten Punkte, die auf alle Fälle durchgesetzt werden sollen. Die unter Punkt 3 genannten Forderungen sind in der Reihenfolge von a bis d absichtlich so geordnet. Falls Du es für notwendig findest, daß man auch über die Personen, die dafür in Betracht kommen, verhandelt, würde ich Dir entsprechende Vorschläge machen.

Besten Gruß

Dein

0

KvVI

bereits bekannt 23.11.50 17

BUNDESMINISTER FÜR UNTERRICHT
DR. FELIX HURDES
GENERALSEKRETÄR
DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

WIEN, am 23. November 1950
I. KÄRNTNERSTRASSE 51

1., Minoritenplatz 5

Betrifft : Parteienverhandlung zwischen den beiden Regierungs -
parteien am 18.11.1950

In der Anlage übermittle ich ein Exemplar der Niederschrift über die Parteienverhandlung zwischen den beiden Regierungsparteien, welche am 18.11.1950 im Bundeskanzleramt stattgefunden hat.

Mit den besten Grüßen !

Beilage !



Herrn Bundeskanzler Dr. Ing. Leopold Figl
Herrn Minister a. D. Vizebürgermeister Lois Weinberger
Herrn Minister a. D. Präsidenten Ing. Julius Raab

Vizekanzler Schärf erklärt, dass neben den von der ÖVP vorgeschlagenen Materien seiner Auffassung nach auch noch erörtert werden - soll :

Die Beendigung der Wiedergutmachung für die Vermögensschaften, die 1934 entzogen wurden, das Untersagungsgesetz, Schaffung eines einheitlichen Konten-Rahmens.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung : das Arbeitslosenversicherungsgesetz und die Selbständigenversicherung ; ferner : das Pensionsüberleitungsgesetz.

Schärf verweist darauf, dass insbesondere auch eine Absprache über die Presse erfolgen müsse und zwar über das gegenseitige Verhalten der Parteipresse, ferner über die Verhältnisse im öffentlichen Presse- und Informationsdienst.

Weiters : Erhöhung des Existenzminimums bei der Lohnsteuer, die Behandlung der Staatsbürgerschaftsgesuche.

Schärf erklärte auch, im Falle Krauland "halte sich die SPÖ an nichts gebunden", sie stelle sich auch nicht vor den Fall Polcar.

Die SPÖ würde bei den Budgetverhandlungen für das Kapitel "Soziale Verwaltung" nicht stimmen, wenn nicht vorher über die Frage des Wohnungsbaues und die damit zusammenhängenden Fragen eine Einigung erzielt wird.

Einvernehmlich wurde festgelegt, dass als wichtigste und dringendste Fragen zunächst zu lösen sind :

Wohnhauswiederaufbau, Wohnungsanforderung, allenfalls auch Änderung des Mietengesetzes, Maßnahmen gegen Ausbeutung von Untermietern, die Frage der Finanzierung des Wohnungsbaues, Wohnungseigentum.

Zur Erörterung und Ausarbeitung eines Planes für die Lösung der soeben erwähnten Fragen wurde ein Verhandlungskomitee bestimmt. Diesem gehören an :

Von der SPÖ : Pittermann, Jonas (der 3. Unterhändler wird noch bekanntgegeben, allenfalls Schärf oder Waldbrunner)

Von der ÖVP : Raab, Bock, Prinke .

Es wurde beschlossen, die erste Sitzung dieses Komitees am Montag, den 20.11.1950 um 10 Uhr im Parlament abzuhalten.

Von Kanzler Figl wurde der Gegenstand, den das Komitee zu behandeln hat, nochmals umschrieben :

Wohnraumbeschaffung, Wiederaufbau, Neubau, Althausbesitz, Wohnungsanforderung, Mieterfragen, Untermieterfragen, Wohnungseigentum, Beschaffung der Mittel; über Wunsch des Minister Raab auch noch Wohnungswiederaufbaugesetz.

Es wurde als zweckmässig erachtet, die Verhandlungen dort fortzusetzen, wo sie im Sommer abgebrochen wurden (Streitpunkte : Finanzierung des Wohnungseigentums)

Pressefragen :

Schärf verweist darauf, dass auch eine Erörterung über die Pressefragen dringend sei. Er meinte, dass zwischen den beiden Parteien ein Übereinkommen zur Vermeidung persönlicher Presseangriffe zustande kommen soll. Es sei zu prüfen, ob nicht das Übereinkommen aus dem Jahre 1945 eine geeignete Grundlage für ein solches Übereinkommen bildet.

Im übrigen müsse man auch prüfen, wie der Bundespressediens und der staatliche Informationsdienst zu einer aktiveren einheitlichen Tätigkeit komme. Es genüge nicht, dass man nur bemüht sei, Meldungen der jeweils anderen Partei zu unterschlagen.

Hurdes regte an, zu überlegen, ob man nicht beim Bundespressediens ein Komitee aus Vertretern der beiden Parteien einsetzen soll, das in regelmässigen Besprechungen die Linien einer großzügigen österreichischen Pressepolitik festlegt. Ausserdem möge geprüft werden, ob nicht unter staatlicher Einflussnahme ein entsprechend großzügiges Archiv errichtet werden könne, da ein solches Archiv dringend notwendig sei.

Raab regte an, eine Novellierung des Pressegesetzes zu erreichen. Man vertrat einvernehmlich die Auffassung, dass zumindestens die Strafen erhöht werden müssten. Diese Forderungen sollen in dem vom Ministerrat eingesetzten Unterkomitee für die Novellierung des Pressegesetzes ehestens geklärt werden.

Ebenso war man einheitlich der Auffassung, dass auch gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Einrichtungen der Republik geschaffen werden sollen.

Nächste Besprechung :

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Verhandlungen in der Wohnbaufrage usw. wurde beschlossen, die nächste Besprechung schon wieder Montag, den 20. 11. 1950, um 18,00 Uhr im Bundeskanzleramt abzuhalten, zumal bis zu diesem Termin vielleicht vom Unterausschuss schon zu entscheidende Fragen vorgelegt werden können.

V o r s c h l a g

über Materien, die in den Parteienverhandlungen zu erörtern sind .

1.) Festsetzung der im Sommer unterbrochenen Verhandlungen über die Fragen des Wohnhausbaues einschliesslich Klärung über die Aufbringung der Mittel und Sicherung für die Durchführung der Bauten im Wohnungseigentum.

2.) Senkung der Gewerbesteuer für kleine Gewerbetreibende

3.) Festlegung der in der Regierungsvereinbarung vorgesehenen Geschäftsordnung über die Kompetenzen im Innenministerium zwischen Minister Helmer und Staatssekretär Graf.

4.) Klärung der Kompetenz für die Parteienkommission (Ger-Ausschuß) beim Bundesministerium für Finanzen.

5.) Klärung über die Auslegung des Parteienübereinkommens wegen der Besetzung der führenden Positionen in den verstaatlichten Betrieben (seinerzeitige Besprechungen zwischen Krauland und Waldbrunner ergebnislos verlaufen).

6.) Behandlung der § 27-Ansuchen in den Fällen, wo Pensionen zu bezahlen sind.

7.) Verabschiedung des Hochschulstudiengesetzes im Parlament (Ablehnung des Standpunktes der Sozi, dass die Studienordnungen durch den Hauptausschuss beschlossen werden müssten, dagegen Kompromiss-Vorschlag, dass alle wichtigeren Verordnungen nicht durch das Unterrichtsministerium, sondern durch die Regierung erlassen werden).

8.) Erörterung der Beschwerden gegen Waldbrunner :
einseitige Personalpolitik und Verhalten in der Frage des Bahnhofsgottesdienstes .

- 9.) Kiba
Begehren auf Ernennung eines zweiten Direktors (ÖVP-Mann)
- 10.) Austria-Wochenschau
Ablehnung des sozialistischen Begehrens (Waldbrunner) ,
in der Austria-Wochenschau einen stärkeren sozialistischen
Einfluss zu erhalten als bisher im Sinne der seinerzeitigen
Vereinbarung vorhanden.
- 11.) Austria-Tabakwerke A.G.
Die Bestellung des Vorsitzenden -Stellvertreters
- 12.) Rundfunkwesen
Ablehnung des Bestrebens Waldbrunners, das ganze Rundfunk -
wesen (einschliesslich Programmgestaltung) in seine Hand
zu bekommen.
- 13.) Ausfallshaftung für die land-und forstwirtschaftliche
Sozialversicherung (über Wunsch des niederösterreichischen
Bauernbundes).
- 14.) Weinsteuer (ebenfalls über Wunsch des niederösterreichischen
Bauernbundes)

15.) Sp.! - (Fall.)

16.) Resol. Form. aut. Prinzip. Sp.

S.P.O. E v. V. 34.-

18.-

18.-

18.-

18.-

18.-

Pension u. L. B. -

Prell (O. S. V. 10.!)
Lohnkriter. v. 18. 19. -
Weinland c. 18. 19. -
Haartrümpfchafts. -

BUNDESMINISTER FÜR UNTERRICHT
DR. FELIX HURDES
GENERALSEKRETÄR
DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

WIEN, am 16. November 1950
I. KÄRNTNERSTRASSE 51

1., Minoritenplatz 5

Betrifft : Fortsetzung der Parteien -
verhandlungen mit den Sozialisten

Werter Herr Bundeskanzler !
Lieber Freund !

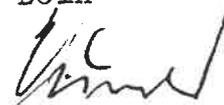
Angeschlossen findest Du einen Vorschlag über
Materien, die in den Parteienverhandlungen zu erörtern
sind. Ich habe diesen Vorschlag auf Grund der Wünsche,
die von verschiedenen Parteistellen geäußert wurden,
erstellt.

Ich nehme an, dass wir noch bevor wir mit den
Sozialisten in Verhandlungen treten, die Möglichkeit haben,
intern festzulegen, in welcher Reihenfolge wir unsere
Verhandlungswünsche geltend machen.

Mit den besten Grüßen !

Dein

Beilage !


✓

Herrn
Bundeskanzler
Dr. Ing. Leopold Figl
Bundesparteiobermann d. ÖVP

W i e n 1.,
Bailhausplatz 2

Das mit Ministerratsbeschluss vom 19.XII.1950 in Angelegenheit Austria Wochenschau eingesetzte Ministerkomitee kommt zu folgender einvernehmlicher Feststellung :

1. Die politische Parität innerhalb der Austria Wochenschau ist ab 1. Februar durch die Einstellung der beiden Aufnahmeleiter Hans Febal und Edmund Reismann gewährleistet.

2. Mit der Einstellung der beiden Aufnahmeleiter und in Anbetracht der betrieblichen Einschränkungen der Austria Wochenschau, insbesondere durch die Übergabe von Verleih und Vertrieb an Sascha und Kiba entfällt gleichzeitig der Aufgabenkreis eines kaufmännischen Leiters.

3. Den Feststellungen der Punkte 1 und 2 Rechnung tragend, wird daher das bisherige Vertragsverhältnis mit Adolf Planek in ein solches eines kaufmännischen Konsulenten umgewandelt.

Yvonne Waldbrunn

Wien, am 30. Jänner 1951

Herrn
Bundeskanzler Ing. Dr. Leopold Figl,
W i e n , I.,
Bundeskanzleramt

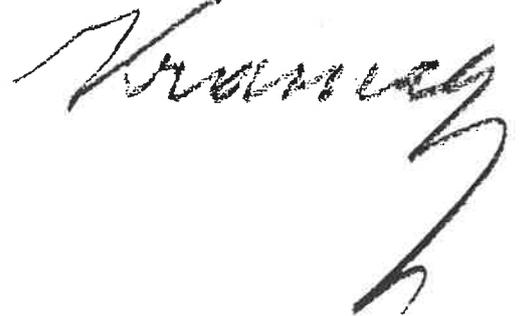
Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

die Sozialistische Partei bemüht sich nicht ohne Erfolg um eine stärkere Propagandamöglichkeit im Sender Rot-weiss-rot
Das geschieht dadurch, dass die sozialistischen Minister und sämtliche wichtigen Parteistellen wie Freier Wirtschaftsverband, Arbeitsbauernbund, Sozialistische Akademiker, Frauenbewegung, der Wiener Bürgermeister, sozialistische Organisationen und Betriebe verpflichtet worden sind, alle über das intern betriebliche hinausgehende Enunziationen, Reden der Spitzenfunktionäre und dgl. zuerst der Sozialistischen Korrespondenz vorzulegen, die dann Rot-weiss-rot von dem ihr geeignet erscheinenden Material Mitteilung macht. Es ist freilich, wie ich feststellen konnte, viel Leerlauf bei diesem Beginnen aber es findet doch fast jeden Tag die eine oder die andere Meldung Aufnahme in den Sendedienst von Rot-weiss-rot.

Ich habe nun mit einem Redakteur von Rot-weiss-rot, den ich von früher her kenne und der ein überzeugtes Parteimitglied ist, Fühlung genommen und möchte die gleiche Organisation über den OeVP-Pressedienst bei unseren Spitzenfunktionären und Organisationen durchführen, um die OeVP mindestens im gleichen Ausmass in Rot-weiss-rot aufscheinen lassen zu können.

Ich bitte, Herr Kanzler, um Veranlassung an das Sekretariat, dass uns dieses Material immer sofort zugeht, bzw. bei dringlichen Meldungen telefonisch - auch persönliche Angelegenheiten, Herr Bundeskanzler, die/amtlich ausgegeben werden müssen - übermittelt wird. nicht

Das Pressereferat



Kv VI

I n f o r m a t i o n

Chefredakteur Dr. P o l l a c k hat gestern bei mir die Entscheidung über die APA urgiert. Die Sozialisten verlangen zunächst die finanzielle Reorganisation des Betriebes durch eine beträchtliche Erhöhung der Abonnementgebühren und eine Erhöhung der Ausfallhaftung durch die Genossenschaftsmitglieder (die Zeitungen und Verlage, die die Genossenschaft bilden). Durch den Austritt der unabhängigen Presse aus der Genossenschaft sind die Sozialisten bekanntlich in die Mehrheit gelangt und suchen diese Situation zu einer Verstärkung ihres personellen Einflusses in der APA auszunützen, besonders in der Richtung eines Ausscheidens von Generaldirektor Dr. S i e p e n .

In der redaktionellen Abteilung des Betriebes befinden sich augenblicklich 14 sichere und drei wahrscheinliche Sozialisten, während der OeVP im besten Falle 13 Redaktionsmitglieder zuzählen sind. Drei Redakteure können als unparteiisch angesprochen werden. In der Verwaltung gehören von fünf Angestellten drei zu Sozialistischen Partei. Das Arbeitsverhältnis wäre im allgemeinen erträglich, wenn nicht die Redakteurin Elisabeth T h u r y als sozialistische Exponentin ständig politisch intrigieren und ständig Parteipolitik machen und in diesem Zusammenhang die Leute gegeneinander aufhetzen würde.

Die Situation für die Oesterreichische Volkspartei hat sich in den letzten Tagen insoferne verschlechtert, als die "Kleine Zeitung", Graz, dem Verein der unabhängigen Presse beigetreten ist und daher für eine Verstärkung unserer Position in der Genossenschaft APA ausfällt. Hier müsste (Dr. Stepan, Styria, Fürstbischof Koadjutor Dr. Pietsch) der Hebel angesetzt werden. Wer den notwendigen Einfluss auszuüben vermöchte, vermag ich nicht zu entscheiden. Sondierungen beim Verein der unabhängigen Presse bei Dr. Molder und Generaldirektor Behrmann auf Wiedereintreten in die Genossenschaft der APA haben mir nur

ausweichende, bezw. inhaltende Antworten gebracht.
Auf ersteren hätte wohl Bundesminister Dr. Gruber,
auf letzteren Nationalrat Dr. Maleta Einfluss. Minister
Dr. Gruber könnte vielleicht auch auf Chefredakteur Dr. Klotz,
Tiroler Tageszeitung, Einfluss nehmen. Bei Dr. Canaval wird
dieser Versuch wahrscheinlich noch schwerer sein.

Ich glaube, es werden in diesem Zusammenhang Koalitions-
besprechungen nicht zu umgehen sein.

Wien, den 7. Februar 1951

Kranz

*12/11/51
Kranz, 12/11/51*